

Mitgliederversammlung am 24. Oktober 2019

Erfreut über die große Teilnahme an der Mitgliederversammlung zeigte sich Präsident Krause-Isermann zu Beginn des Abends, der auch nicht wie üblich mit einem Sektempfang eingeleitet worden war. „Das sieht alles nach Arbeit aus.“

Eingeladen waren auch nicht nur die ordentlichen Mitglieder, sondern alle, die im Verzeichnis aufgeführt sind. Denn es ging Präsident und Vorstand darum, ein ziemlich breites Meinungsbild zu erhalten. „Wir wollen behutsam vorgehen, möglichst viele Mitglieder auf dem Weg der Mitgliedschaftsreform mitnehmen und nichts übers Knie brechen.“ Zur Behutsamkeit gehört auch, dass Bedenken und Anregungen, die auf der vorigen Generalversammlung vorgebracht wurden, eingearbeitet worden sind.

Die Vorlage stand unter dem Motto „Gleiche Rechte und Pflichten für alle“, womit die gestufte Mitgliedschaft der Vergangenheit überwunden werden soll. Der Präsident spielte selbst den Kritiker: Ist das denn nötig? Der Club ist doch 244 Jahre lang mit den gestuften Mitgliedschaften auch gut gefahren, wo ist das Problem? Krause-Isermann gab die Antwort mit praktischen Beispielen: Wenn ein Ehepaar Antrag auf Aufnahme stelle, müsse er fragen, wer von den beiden denn ordentliches Mitglied werden wolle. Der andere werde in eine distanziertere Nebenrolle gedrängt: „Das ist schädlich für unser Clubleben.“ Der Präsident verwies zudem auf die vielen hochaktiven und ehrenamtlich Tätigen, die aber von der Mitbestimmung auf der Generalversammlung ausgeschlossen seien. „Aus Sicht der Leitung ist das sehr schmerzlich.“ Engagement werde also nicht belohnt, sondern sanktioniert. Ein Weiteres zur Beruhigung: Keiner kann zur Änderung seines Status gezwungen werden, alle haben vollen Bestandsschutz.

Der Präsident fasste seine Gedanken in einem Bild zusammen: Wir wollen Partnern und Hinterbliebenen die Tür öffnen zur Mitgliedschaft und ermuntern, hindurch zu gehen zum Ziel „Gleiche Rechte und Pflichten für alle“.

In einer lebhaften Diskussion wurden Pro und Contra erörtert. Interessant war, dass bereits 1775 Ehefrauen Mitglieder wurden, ohne dass dies in der Überlieferung genauer präzisiert ist. Andererseits wurde damals auch in Mitglieder erster und zweiter Klasse unterschieden, außerdem mussten Interessenten eine Art Probezeit absolvieren. Soll heißen: Die Satzung wurde immer wieder geändert, der geänderten Realität angepasst, und das sei jetzt und für die Zukunft ebenfalls nötig.

Gleiche Rechte und Pflichten für alle, bedeutet auch gleicher Beitrag: Vizepräsident Lutz Albacht beleuchtete detailliert die Finanzen des Civilclubs, mit dem Ergebnis, dass sie im Abwärtstrend liegen und im Jahre 2024 die Null erreichen, wenn es keine Änderungen gibt. Er schlug deshalb einen einheitlichen Beitragssatz von 125 Euro vor, bei den auch diskutierten 100 Euro würde ein Minus entstehen. Wie zu erwarten, gingen hier teilweise die Meinungen heftig auseinander. Über den neuen Beitragssatz muss ebenfalls die nächste Generalversammlung entscheiden. E.O.

